



Wir haben einen neuen Kreisvorstand

Am 26. Februar hatte die Stralsunder SPD eine Mitgliederversammlung. Ein neuer Kreisvorstand war zu wählen. Diese Versammlung war ein voller Erfolg. Berichte, Gastrede und Wahlergebnisse haben Mut gemacht.

Klaus Mohr ließ in seinem Rechenschaftsbericht einige wichtige Ereignisse Revue passieren: die Bundtagswahl 2005, die Landtagswahl 2006, die Auseinandersetzungen um die Kreisgebietsreform, die versuchte Fusion mit Rügen und Nordvorpommern zum neuen Kreisverband.

Klaus hatte drei Blumensträuße zu verteilen:

Einen an Mathias Blümel, der den Kreisverband 8 Jahre lang geführt hat. Über so lange Zeit einen Sack Flöhe zusammenzuhalten – in diese Zeit fällt eine deutliche Richtungsentscheidung der Stralsunder SPD – war nicht leicht. Mathias hat diese Blumen verdient.

Der zweite Strauß ging an Rupert Eilsberger, der an diesem Tag 70 wurde. Das war mehr als eine Höflichkeit, denn Rupert ist in der Fraktion, im Ortsverein und nicht zuletzt für das Rotmuul unersetzlich.

Der dritte Strauß ging an Vorstand und Fraktion gemeinsam für die gute Zusammenarbeit. Beide haben an einem Strang gezogen – übrigens in die gleiche Richtung – und sich gut ergänzt. Das sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Arbeit insgesamt kontinuierlicher werden muss. Die Ausfälle durch Krankheit und andere Umstände waren doch schwer auszugleichen.

Klaus gab einen Ausblick: Die OB-Wahl 2008, die Bürgerschafts-, Kreistags- und Landratswahl 2009 mit der Suche nach geeigneten Kandidaten werden uns fordern. Wir sollten – so Klaus – mehr Sachverstand von außen in die Vorstandsarbeit einbeziehen und die Verankerung in Verbänden, Vereinen und Verwaltungen stärken. Auch den Stammtisch will er neu beleben.

Gastredner war Erwin SELLERING, jetzt Sozialminister und außerdem Kandidat für das im April zu vergebende Amt des SPD-Landesvorsitzenden. Wie schon bei Klaus nahm auch bei Erwin die Sozialpolitik einen breiten Raum ein, etwa die Familien- und Kinderpolitik. Die SPD muss ihr soziales Profil schärfen und

Kompetenz in Sachen sozialer Gerechtigkeit und Zukunftsfähigkeit zurückgewinnen. Wir haben im Moment zu tragen an den Einschnitten, die dem Gemeinwesen in den letzten Jahren wohl verordnet werden mussten. Erwin hält die Mitgliederwerbung für ein wichtiges Arbeitsfeld. 2800 Sozialdemokraten in M-V sind zu wenig. Wir sollten versuchen, Außenstehende über Projekte in die Entscheidungen einzubeziehen und so an unsere Partei heranzuführen.



Klaus Mohr, Foto: J. Dräger

Wir haben Erwin Glück für die Wahl zum Landesvorsitzenden gewünscht. Er kann davon ausgehen, dass er die Stimmen unserer Delegierten (Christiane Wichert-Fleischer, Hans-Walter Westphal, Klaus Mohr) bekommen wird. Erwin hat außerdem zugesagt, dass er unser Anliegen zum Strelapark (eigentlich zur Lebensfähigkeit der Altstadt) bei dem für die Regionalplanung zuständigen Ministerkollegen Otto Ebnet vertreten wird.

Klaus Mohr ist mit großer Mehrheit (33 von 35) zum neuen Kreisvorsitzenden gewählt worden, Detlef Erbenbraut zu seinem Stellvertreter und Günter Zell (einstimmig!) zum Meister all unserer Schätze. Beisitzer im neuen Kreisverband sind Michael Böhme, Bärbel Ciesielski, Niklas Rickmann, Sonja Steffen, Hans-Walter Westphal und Christiane Wichert-Fleischer. Allen einen herzlichen Glückwunsch. Im Vorstand findet sich ein Mix aus bewährten und neuen Gesichtern. Die Fraktion ist gut vertreten, jetzt auch durch ihren Vorsitzenden. Wir können auf ein arbeitsfähiges und motiviertes Team hoffen. Sie werden aber nicht viel bewegen, wenn wir die Basis nicht mitziehen.

Noch eine mutige Kandidatur, noch ein Glückwunsch: Hans-Walter Westphal wird für den Landesvorstand kandidieren. Es ist an der Zeit, dass Stralsund wieder einmal in diesem wichtigen Gremium vertreten ist.

Kurt Pagels

Gedanken zur Zukunft der Stralsunder SPD

Die Stralsunder SPD bewegt sich wieder. Lange Zeit sah es nicht so aus. Es war – dieses Lob für meine Mitstreiter sei mir nach Ablauf der Hälfte der Wahlperiode an dieser Stelle gestattet – lediglich die Fraktion in der Bürgerschaft, welche in den letzten

zwei Jahren die Parteifahne hochgehalten hat und mit positiver Außenwirkung für die Ziele der Partei und zum Wohle unserer Stadt eingetreten ist. Die Umsetzung unseres Wahlmottos „Mehr Demokratie wagen“ hat begonnen. Nach

anfänglicher Skepsis und zum Teil erheblichen Widerständen und persönlichen Anfeindungen haben auch die anderen demokratischen Fraktionen festgestellt, dass die Mitglieder der SPD-Fraktion engagierte, kompetente und zuverlässige Mitstreiter sind, mit denen man gute und praktische Problemlösungen zusammen erreichen kann. Das im Dezember, nur gegen die Stimmen von BfS/FDP, verabschiedete und in den Wochen zuvor gemeinsam erarbeitete Haushaltssicherungskonzept ist beredtes Beispiel hierfür.

Lediglich die Verwaltungsspitze hat den Anbruch neuer Zeiten noch nicht begriffen und reagiert zunehmend hilflos, aggressiv und unsachlich (Ach ja, bei der Gelegenheit: *Was ist eigentlich das Gegenteil von „Durchreisenden“? Antwort: „Zurückgebliebene“!*, zitiert nach CDU-Fraktionsmitglied E. Nitschke). Aber die Halbgötterdämmerung hat bereits eingesetzt, und wir sind voller Hoffnung, dass schnellstmöglich ein neuer Oberbürgermeister als fachlich und sozial kompetenter Verwaltungschef eingesetzt werden kann.

Was wir leider vermisst und deswegen auch häufig kritisiert haben, ist die unzureichende Unterstützung unserer Arbeit durch Partei und Mitglieder. *„Wer an den Dingen seiner Gemeinde nicht Anteil nimmt, ist kein stiller, sondern ein schlechter Bürger“* (Perikles, Athen, ca. 500 – 429 a.C.). Doch selbst stille Anteilnahme genügt nicht. Um unseren Einfluss in der Lokalpolitik zu verstärken, brauchen wir nicht nur die Mitwirkung und Unterstützung der Mitglieder bei der Formulierung und Umsetzung von politischen Zielen und Forderungen, sondern es sind die Mitglieder, die ihren Nachbarn, Kollegen, Freunden und Verwandten erklären müssen, warum die SPD die bessere Kommunalpolitik macht und hierfür auch die geeigneteren Leute hat. Dieses Politikmarketing müssen Vorstand und Ortsvereine übernehmen. Auch deswegen ist es so erfreulich, dass sich dort endlich wieder was bewegt. Beide Ortsvereine haben neue, aktive Vorstände; am 26. Februar haben wir auch einen neuen Kreisvorstand gewählt. Der neue Vorsitzende Klaus Mohr, sein Stellvertreter Detlef Erbenbraut und die weiteren Vorstandsmitglieder, zu denen auch ich

gehöre, haben sich eine Menge vorgenommen.

Persönlich hoffe ich, dass es diesem Vorstand auch endlich gelingen wird, die Stralsunder Genossinnen und Genossen zu einen und die Zeit der Flügelkämpfe und gegenseitiger Lähmung hinter uns zu lassen. Hierzu gehört auch die Einsicht, dass Mehrheitsentscheidungen akzeptiert werden müssen. Es darf einfach nicht mehr vorkommen, dass einzelne Mitglieder aus Enttäuschung oder purer Egozentrik durch unbedachte Presseinformationen oder gar öffentliche Unterstützung anderer politischer Gruppierungen der eigenen Partei massiv schaden, wie es seit 2004 immer wieder geschehen ist. Zu einer erfolgreichen Kommunalpolitik gehört auch geschlossenes Auftreten und Disziplin. Manfred Rommel (1974-96 Oberbürgermeister von Stuttgart) meinte etwas überspitzt: *„Ist der Weg auch falsch und steinig, Hauptsach` ist, wir sind uns einig.“*

Natürlich darf dabei die inhaltliche Arbeit nicht zu kurz kommen. Wir müssen dringend unser lokales Grundsatzprogramm aus den Jahren 2003/2004 fortschreiben und der veränderten politischen Großwetterlage anpassen. Und wir müssen Schwerpunkte in unserer politischen Arbeit setzen. Hierfür ist es wichtig, regelmäßig zu erfahren, was unsere Mitbürger in Stralsund bewegt. *„Jede Partei ist für das Volk da und nicht für sich selbst“* (Konrad Adenauer). Hierfür brauchen wir die Ortsvereine und unsere Mitglieder, die uns „Volkes Stimme und Stimmung“ übermitteln. Wir können uns in Stralsund als die Partei profilieren, die sich für die Bürger einsetzt, als Ansprechpartner zur Verfügung steht und besondere Kompetenzen aufweist. Themen wie „Soziale Stadt“, „Bündnis für Familie“, lokale Arbeitsmarktpolitik müssen noch intensiver als bisher von uns besetzt werden. Das von der Fraktion ins Leben gerufene „Soziale Kompetenzteam“, bestehend aus Stadtvertretern, sachkundigen Bürgern und Trägervertretern hat hierbei schon hervorragende Vorarbeit geleistet. Ich bin überzeugt, dass es uns auf diesem Wege tatsächlich gelingen wird, irgendwann stärkste politische Kraft in Stralsund zu werden.

Hans-Walter Westphal

Die Erweiterung des Strelaparks

Das große Einkaufszentrum Strelapark, vor den Toren Stralsunds und auf Kreisgebiet gelegen, soll um 8.000 qm Verkaufsfläche erweitert werden. Marktanpassung wird das genannt. Die SPD ist dagegen.

Das muß erläutert werden, denn, daran gibt es keinen Zweifel, die Bewohner Stralsunds schätzen den Strelapark. In der Tat verfügt er über ein wohlsortiertes breites Warenangebot und hat auch ausreichend Parkflächen. Aber, und das ist der entscheidende Punkt, seine Erweiterung zieht noch mehr Kaufkraft aus der Stadt ab und behindert insbesondere die Entwicklung der Altstadtinsel. Wie bekannt soll auf dem Rathausplatz noch in diesem Jahr ein großes Einkaufs- und Wohnzentrum gebaut werden, ein hochinteressantes Projekt, das vielleicht scheitern könnte, wenn der Strelapark erweitert wird. Ohnehin verfügt die Stadt Stralsund nur über eine im Bundesvergleich unterdurchschnittliche Kaufkraft, Tendenz fallend. Das hängt mit der Überalterung der Bevölkerung, der hohen Arbeitslosigkeit und der generellen Bevölkerungsabnahme zusammen. Und ferner ist das Verkaufsflächenangebot sehr

ungleich auf Innenstadt und Umland verteilt, das Umland hat zuviel, die Innenstadt zuwenig. Bislang hat sich die Bürgerschaft zweimal gegen eine Erweiterung des Strelaparks ausgesprochen. Eine Erweiterung des Strelaparks erscheint deshalb eigentlich ausgeschlossen zu sein. Aber ist das wirklich so?

Ungeachtet der negativen Stellungnahme der Hansestadt hat die Gemeinde Kramerhof, die über die Gewerbesteuer in erster Linie vom Strelapark profitiert, einen Bebauungsplan verabschiedet, der die Erweiterung ermöglicht. Während des Verfahrens hat die Gemeinde auch eine Stellungnahme des Amtes für Raumordnung und Landesplanung eingeholt. Die Stellungnahme war negativ; das Projekt verstößt gegen fünf Ziele, die aus dem „Landesordnungs-Entwicklungsprogramm“ hergeleitet werden. Ferner haben Gespräche mit der Gemeinde Kramerhof stattgefunden, an denen auch die Hansestadt beteiligt war. Dabei wurde zunächst vereinbart, das neue Einzelhandelskonzept der Hansestadt abzuwarten, um eine bessere Grundlage für die Entscheidung zu haben. Trotzdem

hat die Gemeinde Kramerhof den B-Plan jetzt in Kraft gesetzt. Das Bauministerium Schwerin hat daraufhin dem Landrat Molkenhuth mitgeteilt, dass der B-Plan formal rechtswidrig ist und dass Baugenehmigungen deshalb nicht erteilt werden können. Fraglich ist freilich, ob sich der Landrat daran halten muß. Denn solange der B-Plan nicht gerichtlich angefochten ist, ist er in der Welt und kann die Grundlage für Baugenehmigungen sein.

Die Hansestadt könnte gegen den B-Plan eine Normenkontrollklage beim Verwaltungsgericht einreichen. Sie wird das aber sicherlich nicht tun, solange nicht das neue Einzelhandelskonzept vorliegt, das Mitte des Jahres vorliegen soll. Es wird übrigens in der Verantwortung der Hansestadt

erarbeitet! Senator Vellguth erklärte auf Anfrage, dass die Frage einer Normenkontrollklage durch die Bürgerschaft entschieden werden müsse.

Leider muss man davon ausgehen, dass starke Kräfte innerhalb der Stadt, z.B. der OB, eine Erweiterung des Strelaparks durchaus für vertretbar halten. Leider scheint gegenwärtig auch offen zu sein, ob die Mehrheiten in der Bürgerschaft gegen die Erweiterung heute noch so stabil sind, wie sie einmal waren. Die SPD bleibt bei einer strikten Ablehnung und nimmt mit Befriedigung zur Kenntnis, dass die Landesplanungsbehörde und das Bauministerium ebenfalls gegen die Erweiterung sind. Die SPD steht zu den von der Bürgerschaft in dieser Angelegenheit gefassten Beschlüssen.

Rupert Eilsberger

Gerechtigkeit?

Die Bundesregierung plant, für Opfer des SED-Regimes eine Rente einzuführen. Mit den Opfern sind politische Häftlinge gemeint.

Endlich, wird mancher sagen. Endlich ein bisschen Gerechtigkeit für Menschen, die Zivilcourage gezeigt haben und sich nicht verbiegen lassen wollten. Die Betroffenen waren Monate oder Jahre ihres Lebens wie Verbrecher eingesperrt. Oft haben ihre Ehen der Belastung nicht standgehalten, und die Kinder wurden ihnen entfremdet. Auch ihre berufliche Entwicklung ist vielfach auf der Strecke geblieben. Von den physischen und vor allem psychischen Schäden, an denen manche ihr ganzes Leben tragen werden, soll hier nicht weiter die Rede sein.

Wie soll die Gerechtigkeit nun aussehen?

Die Betroffenen sollen nach den Regierungsplänen eine monatliche Rente von 250 Euro erhalten, wenn sie mindestens 6 Monate in Haft waren und wenn Bedürftigkeit vorliegt. Der Ortsverein Nord nimmt eine Äußerung unseres Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, Jörn Mothes, zum Anlass, das Thema aufzugreifen und sich an der Diskussion zu beteiligen. Wie Mothes halten wir die Mindesthaftzeit von 6 Monaten für fragwürdig und verzichtbar. Vor allem aber halten wir wie er das Bedürftigkeitskriterium für beschämend. Denn wie stellt man von Amts wegen Bedürftigkeit fest? In einem für die Betroffenen entwürdigenden Verfahren,

dem sie sich jährlich unterziehen müssten. War das Gefängnis nicht schon entwürdigend genug? An dieser Stelle kehrt sich die gute Absicht in ihr armseliges Gegenteil. Wir wollen keine neue Abrechnung mit der Vergangenheit. Aber mussten die für die Urteile verantwortlichen DDR-Richter und -Staatsanwälte für ihre Pensionen eine besondere Bedürftigkeit nachweisen? Natürlich nicht.

Leider hat man sich in Deutschland schon immer schwergetan, wenn es um die Rechte von Opfern ging. Wir wollen nicht, dass sich die Täter-Opfer-Situation in der Bundesrepublik der Nachkriegszeit heute in ähnlicher Form wiederholt. Man kann mit Geld gestohlene Lebenszeit nicht wiederbringen. Aber man kann Anerkennung geben und Wiedergutmachung leisten, so gut es eben geht. Dabei geht es uns nicht um eine besonders hohe Rente. Weniger kann sogar mehr sein, wenn es denn gerecht zugemessen wird. Der Betrag muss aber ohne Bedingungen gewährt werden. Wir sind für eine Opferrente, aber wir sind gegen eine beschämende Prozedur.

Der Ortsverein hat sich an unseren Ministerpräsidenten und an unseren SPD-Landesvorsitzenden gewandt mit der Bitte, über den Bundesrat bzw. über die Bundes-SPD noch Einfluss auf das in Arbeit befindliche Gesetz zu nehmen.

Kurt Pagels

Anmerkungen zur Gesundheitsreform

Die Große Koalition hat sich für die gegenwärtige Wahlperiode viel vorgenommen: Die Föderalismusreform, die Gesundheitsreform, die Reform der Pflegeversicherung, die Rentenreform und die Steuerreform. Hinzukommt die bereits begonnene Reform des Arbeitsmarktes als Dauerbrenner. Die Föderalismusreform (noch ohne Finanzausgleich) ist abgehakt. Auch über die Gesundheitsreform ist entschieden; das dazugehörige Gesetz tritt am 1.4.07 in Kraft.

Es ist üblich, sich über die Gesundheitsreform kritisch zu äußern. Ich traue mir hier kein abschließendes Urteil über das hochkomplizierte Gesetzeswerk zu. Ich möchte nur auf einige wenige Punkte hinweisen, die mir besonders wichtig erscheinen.

1. Man wird sich darauf einstellen müssen, dass die Krankenversicherungen, die gesetzliche und die private, teurer werden, wenn ein vergleichbares Leistungsniveau beibehalten und auch der technische Fortschritt berücksichtigt werden soll. Das hängt vor allem mit dem demografischen Wandel zusammen: Wenn die Leute immer älter werden, dann werden sie auch öfter krank in ihrem Leben. Und je länger sie Rentner sind, desto weniger ist von ihnen an Beitragszahlung zu erwarten, falls sie nicht privatversichert sind, denn in der gesetzlichen Versicherung **bleibt die Beitragszahlung einkommensabhängig**. Eine Beitragsanhebung in der gesetzlichen KV – so die Verlautbarungen aus dem Gesundheitsministerium – soll trotz teilweise verbesserter Leistungen durch die Reform zwar unbedingt vermieden werden. Tatsächlich, so vermeldet

die OZ am 3./4. 2.2007, ist der Beitragssatz schon zum 1. Januar 2007 von den meisten Kassen angehoben worden und beträgt jetzt 14,8 % im Durchschnitt. Die Kassenverbände erwarten bis 2009 einen Anstieg auf 15,3%. Ob ein vorgesehener Bundeszuschuss aus Steuermitteln die Verteuerung der Beiträge in den gesetzlichen Kassen verhindern kann, ist fraglich. Die kostenlose Mitversicherung von Kindern und nicht berufstätigem Ehepartnern in der gesetzlichen KV bleibt übrigens erhalten.

2. Beitragssteigerungen in der privaten KV, die weiterhin neben den gesetzlichen KV bestehen bleibt, ergeben sich zwangsläufig aufgrund ihrer Verpflichtung durch das Reformgesetz, neue Versicherte ohne Rücksicht auf deren Krankenstand aufzunehmen und den Wechsel in andere Privatkassen praktisch jederzeit zulassen zu müssen.

3. Aber, und das ist aus sozialdemokratischer Sicht positiv zu bewerten, es wird schon ab 1.4.07 eine allgemeine Krankenversicherungspflicht für jeden Einwohner eingeführt. Erzwungen wird die Einhaltung dieser Pflicht in der Weise, dass im Falle einer Erkrankung medizinische Leistungen zwar von einer Kasse oder anderen Stelle finanziert werden, die Beiträge zur Versicherung von dem Patienten aber nachentrichtet werden müssen.

4. Zu begrüßen ist auch, dass es durch das Reformgesetz künftig nur noch einen einzigen Spitzenverband der gesetzlichen Krankenkassen (statt bisher 7) geben wird und dass

Fusionen von Kassen stark erleichtert werden. Ob man hier hätte mehr tun müssen und können, um die Vielzahl von Kassen zu reduzieren, ist eine für mich eine noch unbeantwortete Frage.

5. Für alle gesetzlich Versicherten wird es ab 1.1.2009 einen einheitlichen Beitragssatz geben, der von der Bundesregierung festgelegt wird (erstmalig bis Ende November 2008). Dieser Beitragssatz wird von den Kassen wie bisher eingezogen, aber – und das ist neu – an einen „Gesundheitsfonds“ abgeführt. Dies Verfahren soll bis 2011 im Interesse von Kassen und Arbeitgebern durch Zusammenlegung von Einzugsstellen vereinfacht werden. Aus dem Gesundheitsfonds erhält dann jede Kasse für jeden Versicherten eine pauschale Zuweisung. Dem Zuwachs an bürokratischem Aufwand steht, so die Intention des Gesetzes, eine größere Transparenz der Leistungsfähigkeit der einzelnen Kassen gegenüber. Ein gut wirtschaftende Kasse kann zusätzliche Leistungen und Beitragsrückerstattungen gewähren. Eine schlecht wirtschaftende Kasse muss eventuell höhere Beiträge einfordern, was in gewissen Grenzen möglich ist. Dafür wird der Kassenwechsel für den Versicherten stark erleichtert.

Die Gesundheitsreform ist verabschiedet. Fortgesetztes Herummäkeln nützt nichts. Jetzt müssen Erfahrungen gesammelt werden.

Rupert Eilsberger.

Aufstehen gegen den Klimawandel – w i r m ü s s e n j e t z t a n f a n g e n !

Wir schreiben den 20. März 2012. Ich bin zum 35. Geburtstag meiner Enkelin Ronja Salome eingeladen. Sie arbeitet in Koblenz als Biologin in einem UNESCO- Projekt zur Rettung des Welterbes „Oberes Mittelrheintal“. Ich bin mit dem Connex-Express (die Deutsche Bahn ist von der neoliberalen Regierung in eine Vielzahl privater Anbieter zerschlagen worden) nach Koblenz gefahren – zum Glück bin ich mit meinen 94 Jahren noch voll fit für solche Reisen, da ich in der „Senioren- Oase Stralsund“ (Werbeauftritt der Hansestadt Stralsund seit 2012) optimale Lebensbedingungen habe.

Am Tag nach der Geburtstagsfeier fährt meine Enkelin mit mir per Panoramabahn durch die Welterbe- Region am Rhein entlang von Koblenz nach Mainz – ich war seit vielen Jahren nicht mehr hier und bin erschüttert über das, was ich sehe: Die einst abwechslungsreich bewaldeten Rheinufer sind völlig kahl; der Rhein ist nur ein dürftiges Rinnsal. „Seit einigen Jahren gehen die Niederschläge immer mehr zurück. Vor drei Jahren musste die Schifffahrt eingestellt werden“, erläutert meine Enkelin. „Und immer mehr Menschen ziehen weg, von den ausbleibenden Touristen ganz zu schweigen. Siehst du die vielen geschlossenen Hotels und Restaurants?“

„So schlimm hab ich mir das wirklich nicht vorgestellt. Wenn uns jemand rechtzeitig gesagt hätte, was da auf uns zukommt – wir hätten doch sofort unser Leben umgestellt, wären Bahn statt Auto gefahren und nicht mit den Billigfliegern zum Shopping- Wochenende nach New York gejettet.“ Meine Enkelin wird heftig: „Komm Opa, versuch nicht mich zu verarschen. Ihr habt genau gewusst was kommt – ich hab im Cybernet einen Artikel aus einer BILD- Zeitung ...“ „Ja, das war damals so ein völlig unseriöses Skandalblatt“, versuche ich abzuwiegeln. „Skandalblatt hin oder her – das Blatt hat am 3. Februar 2007 – gut einen Monat vor meiner Geburt – riesengroß aufgemacht ‚Unser Planet stirbt ... Und an allem ist nur der Mensch schuld‘ und auch für den einfachsten Leser nachvollziehbar die von

2.500 seriösen WissenschaftlerInnen vorgelegte Klimastudie dargestellt. Und deine SPD – Gott hab sie selig – hat dann jahrelang rumgeeiert, vor Schnellschüssen gewarnt und auf drohende Arbeitsplatzverluste hingewiesen – die Arbeitsplatz-Chancen der damals von den GRÜNEN geforderten Umwelt-Revolution habt ihr nie begriffen. Man könnte meinen, eure künftigen Enkel wären euch scheißegal gewesen!“

Oh ja, das Mädel hat recht! Seit Februar 2007 wissen wir es alle: Wenn wir nicht radikal umsteuern, werden unsere Enkel große Probleme haben, noch Kinder in diese zunehmend lebensfeindliche Umwelt zu setzen – ob dann Luthers Gottvertrauen noch reicht: „Auch wenn ich wüsste, dass morgen die Welt zugrunde geht, würde ich heute noch einen Apfelbaum pflanzen“?

Wir müssen jetzt anfangen. Wir haben keine Zeit mehr für akademische Diskussionen, sondern müssen mit dem anfangen, was uns die Klimaforscher einmütig vorschlagen. Und **w i r** müssen anfangen. Wir können nicht darauf warten, dass auch China, Indien, Russland und die USA mitmachen. Natürlich müssen China und Indien eine ganze Menge tun; aber sie können auch von uns erwarten, dass auch wir uns erkennbar bewegen. Und ich erwarte und werde dafür arbeiten, dass sich meine SPD an die Spitze dieser Bewegung setzt.

Bernd Röll

IMPRESSUM

Vi.S.d.P.	Kreisvorstand der SPD
	(außer für namentlich gekennzeichnete Artikel)
Herausgeber:	Kreisvorstand der SPD
Redaktion:	Rupert Eilsberger
Satz und Druck:	cabrio-druck, Stralsund, Tel. 30 21 41